No. 557. — 56. Jahrgang.

Erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin:
75 Pf. monatlich
frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25
Abonnementspreis für auswärts
bei Bezug durch die Post:
monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40
Insertionspreis für die Zeile 40 Pf.
Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Kleine Anzeigen: das Wort . . . 4 „
Das fette Ueberschriftswort . . . 10 „

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Morgen-Ausgabe

Freitag, 27. November 1908

Haupt-Expedition:
SW. Jerusalemer Straße 46/49
Telephon: Amt Ia Nr. 10131—10148.
Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Weinerstr. 1—6, Petersburgerstr. 2, Große Frankfurterstr. 31 u. Gr. Frankfurterstr. 67, Kaiserstr. 81, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstr. 27 (am Weddingpl.), Königstr. 56/57, Rathenowerstr. 3 (gegenüber d. Kriminalgericht), Lietzdamm 33, Wayrenterstr. 32, Leipzigerstr. 103, Blücherstr. 60 (Ecke Johannistisch), Nixdorf, Berlinerstr. 41 (Ecke Münchenerstr.), Schöneberg, Hauptstr. 156, Charlottenburg, Kantstr. 34, Pankow, Kornholmerstr. 1, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Weißensee, König-Chaussee 61b.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Konservative Drohungen.

Keine konstitutionellen Garantien!

Eine sehr bemerkenswerte und für die gegenwärtige Situation im Reichstage überaus bezeichnende Rede hielt gestern bei der Fortsetzung der Beratung der „Reichsfinanzreform" im Reichstage der konservativ-agrarische Abgeordnete Graf Schwerin-Löwitz. Er gab darin namens der konservativen Partei die Erklärung ab, daß diese die neuen Steuerprojekte der Regierung — mit Ausnahme natürlich der den Agrariern verhaßten Nachlaßsteuer — im großen und ganzen billige, daß sie aber auf das entschiedenste den Versuch zurückweisen müsse, die Bewilligung der neuen Steuerprojekte abhängig zu machen von der Gewährung konstitutioneller Garantien. Eine solche Politik würde, wie der Wortführer der preußischen Junker und Agrarier ausdrücklich erklärte, diesen den Boden für eine sachliche Verständigung über die Reichsfinanzreform vollkommen entziehen.

Diese Drohungen sind an die Adresse des Blockfreisinns gerichtet; das Beschämendste für diesen ist es aber, daß der Graf Schwerin-Löwitz die Argumente für seine Drohungen ausdrücklich aus den Reden blockfreisinniger Parlamentarier hervorholte. Er bezog sich auf die bekannte Aeußerung des Herrn Müller-Meiningen, in der dieser einen derartigen „Kuhhandel" auf das entschiedenste verurteilt hatte, und er nahm als zweiten Eideshelfer Herrn Kopsch in Anspruch, der, wie bekannt, eine Verquickung der Forderung nach konstitutionellen Garantien mit der Reichsfinanzreform in dem ihm eigenen Stil sogar als „Erpressungspolitik" bezeichnet hatte.

Seitens des Blockfreisinns nahm bezeichnenderweise in der gestrigen Sitzung niemand das Wort. Wenn es den freisinnigen Parteien mit der Forderung der konstitutionellen Garantien ernst wäre, so hätten sie diese Drohungen des Grafen Schwerin-Löwitz auf keinen Fall ohne Widerspruch lassen dürfen. Als die Worte eines Müller-Meiningen und eines Kopsch fielen, die sich der konservativ-bündlerische Redner gestern behaglich zu Gemüte führen konnte, hatte der Blockfreisinn offenbar noch keine Ahnung von der hochgradigen Erregung, die das gegenwärtige Regierungssystem in Preußen-Deutschland in weiten Kreisen der Bevölkerung gerade in den letzten Zeiten hervorgerufen hat. Wenn aber die Freisinnigen nach den ernsten Ereignissen der letzten Wochen noch immer den Ernst der Situation verkennen, dann ist ihnen nicht zu helfen, dann sind sie reif zum Untergange.

Der einzige Redner, der dem Grafen Schwerin-Löwitz in der gestrigen Sitzung entgegentrat, war der sozialdemokratische Abgeordnete Südekum. Um so schlimmer für den Blockfreisinn!

Bergbehörde, Steiger und Bergarbeiter.

Eines Fachmannes Urteil.

Herr G. Werner, der erste Vorsitzende des Steigerverbandes in Essen, veröffentlicht in der von Professor Dr. Francke herausgegebenen „Sozialen Praxis" eine Studie über Radbod. Darin finden wir folgende Sätze, die, als von einem Fachmann herrührend, uns besonderer Beachtung wert erscheinen.

Die normale Stärke der Nachtschicht schwankt zwischen 250 bis 280 Mann. Gerade am Unglückstage verfuhren sehr viele Arbeiter Doppelschicht. „Christkindmonat" nennt der Bergmann den November, denn kurz vor Weihnachten wird ihm der Lohn für diesen Monat ausgezahlt. Um ein gutes „Christkind" zu verdienen, drängten sich die Leute zu Ueberschichten, und die Steiger auf „Radbod" ließen sie gern überarbeiten, denn auch sie bekommen Prämien, die von der Kohlenförderung abhängig sind.

Die Behandlung der Steiger seitens ihrer Vorgesetzten war gut. Daß die Arbeiter zum Teil den Steigern schlechte Behandlung vorwerfen, beruht auf den verhängten Strafen wegen unreiner Förderung. Die Zeche ist nicht im Syndikat, sie besitzt noch keine Wäsche. Um ihre Förderung während des jetzigen schlechten Geschäftsganges verkaufen zu können, mußte sie reine Kohlen liefern. Die Verwaltung gab daher den Beamten Befehl, die Leute bei Lieferung unreiner Kohlen scharf zu bestrafen. Die Steiger führten den Befehl aus, und sie, nicht die Verwaltung, waren dann der Gegenstand der Angriffe der Arbeiter. Außerdem muß das starke Anwachsen der Belegschaft berücksichtigt werden. Wenn so viele Menschen sich plötzlich in einen stetig wachsenden Betrieb einfügen müssen, entstehen viele Reibungsflächen, die ihren Einfluß auf das Verhältnis zwischen Steiger und Arbeiter ausüben.

Es wäre zu wünschen, daß anläßlich dieses großen Unglücks eine durchgreifende Reform unserer Berggesetzgebung erfolgte. Die alten Forderungen: **Einführung von Arbeiterkontrolleuren** und **Wegfall des Prämiensystems** müssen erfüllt werden. Die Hauptsache aber ist, daß die **Bergbehörde den verantwortlichen Beamten den Rücken gegen die Besitzer deckt. Heute hilft sie mit, den Steigern das Rückgrat zu brechen.** Wehe demjenigen Steiger, der den Rat befolgt, den mir der Handelsminister im vorigen Jahre gegeben hat: die Steiger sollten sich beim Revierbeamten beschweren, falls ihnen unrecht geschehe. Für den Beschwerdeführer wäre **im Deutschen Reich kein Platz mehr als Grubenbeamter.** Die Bergbehörde verpflichtet ihn eben nicht mehr, da sie einen Menschen, der sich beschwert, in moralischer Hinsicht nicht für qualifiziert zum Grubenbeamten hält.

Das sind schwer anklagende, bittere Worte! Aber es wird sich leider wohl so verhalten, wie es hier geschildert wird. Ob's in absehbarer Zeit anders wird? Wer wagt es zu hoffen?

Die Offiziösen unter sich und der Reichskanzler.

Der hiesige Korrespondent eines auswärtigen Blattes, der seit Jahren zu den eifrigsten Reichskanzleroffiziösen zählt, schreibt seinem Blatte ein Langes und Breites darüber, ob die Reichsregierung sich bei der Debatte über die Ministerverantwortlichkeitsanträge im Reichstage vertreten lassen werde oder nicht. Wenn man will, kann man aus seinen gedrechselten Betrachtungen herauslesen, daß zwar einige Bundesratsmitglieder der Verhandlung beiwohnen werden; vom Reichskanzler selbst läßt er es aber zweifelhaft. Demgegenüber erklärt die „Korrespondenz Woth" noch in ihrer neuesten Nummer nach Mitteilungen von „gutunterrichteter, dem Kanzler nahestehender Seite", der Kanzler werde der Verhandlung nicht beiwohnen, „um zu verhüten, daß scharfe Konflikte entstehen". Selbst der konservative „Reichsbote" sieht ein, daß, „wenn die Debatte ohne die Anwesenheit des Ministers stattfindet, erst recht heftige Ausfälle gegen die Regierung gemacht werden," die dann (zum Schmerze des „Reichsboten") „unwiderlegt ins Land hinausgehen" würden. Wir überlassen es den Offiziösen der Blockpresse, sich darüber zu einigen, was sie demnächst über die Angelegenheit veröffentlichen wollen, ohne einander und sich selbst zu widersprechen.

Das neue österreichische Kabinett

stellte sich gestern dem Abgeordnetenhause bei seinem Wiederzusammentritt vor. Wie aus Wien berichtet wird, kündigte der Ministerpräsident v. Bienerth Entwürfe eines Sprachengesetzes sowie eines Gesetzes über Schaffung von Kreisregierungen in Böhmen an. Der Ministerpräsident wies auf die äußere Lage hin, die daran gemahne, sich von den störenden Einflüssen der häuslichen Zwietracht zu befreien. Gelinge der Regierung ihre schwierige Aufgabe, dann sei die Grundlage für den dauernden Bestand eines Konzentrationsministeriums der „staatserhaltenden" Parteien gefunden, das den ernsten Pflichten des Augenblicks sowie den großen Aufgaben der nächsten Zukunft gewachsen sei. Der Minister hob die Notwendigkeit der Erledigung der Alters- und Invalidenversicherung, der Beendigung der Eisenbahnverstaatlichungsaktion und der Sanierung der Landesfinanzen hervor.

Das neue Kabinett ist also nur ein Uebergangsministerium, ein sogenanntes Beamtenministerium.

Eine Huldigung der Geistlichkeit.

Wie aus Wien berichtet wird, huldigte dort gestern die Geistlichkeit aller Kulte dem Kaiser Franz Josef zu seinem Regierungsjubiläum. Der Huldigungsdeputation der katholischen Geistlichkeit, geführt von Kardinal Gruscha, erwiderte der Kaiser, er selbst sei ein treuer Sohn der Kirche. Darauf wurde die griechisch-orientalische Geistlichkeit unter Führung des Erzbischofs von Repta empfangen. Beim Empfang der evangelischen Geistlichkeit erklärte der Kaiser auf die Huldigungsansprache ihres Führers, des Oberkirchenrats Franz, er habe es stets für seine Pflicht erachtet, den Gedanken zu verwirklichen, daß in seinem Reiche jedem Bürger die volle Freiheit seiner religiösen Ueberzeugung und der Ausübung seines Kultus gewährleistet sei. (Leider arbeiten die ultramontan beeinflußten Behörden der Verwirklichung dieses Gedankens kräftig entgegen. Red.) Hierauf wurde die Huldigungsdeputation der israelitischen Kultusgemeinden empfangen. In Erwiderung auf die Ansprache des Präsidenten der Wiener Kultusgemeinden Stern bob der Kaiser die staats- und gesetzestreue Gesinnung der israelitischen Bevölkerung, ihre Ergebenheit und Anhänglichkeit an sein Haus hervor und versicherte sie seines kaiserlichen Schutzes. Schließlich empfing der Kaiser die Huldigungsdeputation der katholischen Geistlichkeit Bosniens und der Herzegowina.

Ernste Dinge

bereiten sich offenbar auf dem Balkan vor. Nach einem Telegramm aus Wien ließ das österreichische Ministerium des Aeußeren durch den Börsenkommissar erklären, für den Fall, daß tatsächlich wichtige Ereignisse sich vollziehen sollten, werde die Börse davon sofort verständigt werden.

Wie aus Budapest berichtet wird, wurde gestern an der dortigen Börse die Mitteilung des ungarischen Ministerpräsidenten angeschlagen, derzufolge die Gerüchte über die Mobilisierung eines oder mehrerer Armeekorps vollständig unbegründet sind. Eine solche Verfügung sei weder getroffen, noch in Aussicht genommen worden, da dies nicht notwendig sei. Es sei keine andere Maßregel getroffen worden, als die der Ergänzung des fünfzehnten Armeekorps auf erhöhten Friedensstand, das sei aber schon vor längerer Zeit bekannt gemacht worden.

Die Revolution auf Haiti.

Wie aus Port au Prince berichtet wird, droht die Aufstandsbewegung auch dorthin überzugreifen. Ein Schiff des Präsidenten Nord Alexis, das Les Cayes zu blockieren bestimmt war, ist vor Aquin aufgelaufen.

Präsident Castro in Europa.

Das „Reutersche Bureau" meldet aus dem Haag: In den Niederlanden wird der Besuch des Präsidenten Castro in Europa als ein für seine Gesundheit notwendiger Schritt betrachtet und zu gleicher Zeit als eine Gelegenheit, um persönliche finanzielle Angelegenheiten in Frankreich zu ordnen. Der Besuch wird ohne Einwirkung auf die bestehenden Schwierigkeiten mit Venezuela bleiben, da die niederländische Regierung auf ihrem Standpunkt beharren wird, daß vor allem die Zurückziehung der für den Handel mit Curaçao nachteiligen Verordnungen erfolge.

Ein neues Attentat in Ostindien.

Nach einem Telegramm aus Kalkutta wurde gegen einen Eisenbahnzug, der dicht mit Europäern besetzt war, bei der Einfahrt in Barracknur — nördlich von Kalkutta — eine Bombe geworfen, die jedoch keinen Schaden anrichtete. Infolge der ernsten Lage hat der Vizekönig Lord Minto seine geplante Rundreise aufgegeben. Er bleibt in Kalkutta.

Gmunden, 26. November. Der **König von Dänemark** ist hier zum Besuch bei dem Herzog von Cumberland eingetroffen.

Paris, 26. November. Die **Deputiertenkammer** beriet heute über das Budget des Ministeriums des Aeußeren. Der Minister Pichon erinnerte daran, daß die Marokko-Interpellationen bis zur Abstimmung über die Ergänzungskredite zurückgestellt seien; erst dann werde er sich über den Stand der Dinge in Marokko äußern, um so die Annahme des Budgets zu beschleunigen. (Beifall.)

Deutscher Reichstag.

169. Sitzung vom 26. November, 1 Uhr.

(Schluß.)

Die Generaldebatte über die **Finanzreform- und Steuervorlagen** wird fortgesetzt.

Abg. **Speck** (Ztr.) fortfahrend:

Gegen die Elektrizitätssteuer erhebt Bayern einmütigen Protest. Die Nachlaßsteuer ist ein Wodenzins in neuer Auflage. Das Branntweinmonopol ist der erste Schritt zum sozialistischen Staat. (Sehr richtig! im Zentrum.) Das Reich darf nicht zum Schnapshändler gemacht werden.

Warum erfahren wir nichts über den

Sparsamkeitserlaß der Reichskanzlers?

Wir verlangen klipp und klare Antwort, wie und wo gespart werden soll. Noch immer besteht der Firlefanz der Uniformen, die man für den Kriegsfall bedecken muß. (Hört, hört!) Die Lebensgewohnheiten unter dem ersten Kaiser waren wahrlich einfacher als jetzt nach dem Beispiel von oben. Die Kenntnisse und den Mannesmut Eugen Richters haben wir stets anerkannt. Seinen Ruf nach Sparsamkeit haben wir immer unterstützt. Man hat ihm ja ein Denkmal gesetzt. Der tote Eugen Richter konnte sich dagegen nicht wehren, sonst hätte er sich gesträubt gegen dieses Denkmal, gesetzt von Epigonen, die von seinen Bahnen soweit abgewichen sind. (Beifall im Zentrum.) Der Worte sind genug gewechselt, wir wollen Taten sehen.

Abg. Graf **Schwerin-Loewitz** (kons.):

Wir halten neben der Besteuerung der alkoholfreien auch eine ergänzende Besteuerung der alkoholfreien Getränke für angezeigt. Der größte Fehler der bisherigen Bedarfsrechnung war der, daß der Bedarf immer nur nach den jeweilig nötigen Ausgaben berechnet wurde, also gewissermaßen unter der Voraussetzung, daß die Ausgaben unverändert blieben. Der neue Schatzsekretär verfährt in diesem Punkte richtiger. Seine Berechnung, daß 500 Millionen erforderlich seien, halten wir für nicht zu hochgegriffen. Ein Teil des Ausfalles an Zuckersteuer infolge Herabsetzung der Steuer auf zehn Mark wird allerdings, wie ich glaube, durch den vermehrten Verbrauch wettgemacht werden. Die Anleihewirtschaft hat unserem ganzen Wirtschaftsleben ungeheuren Schaden zugefügt. Der durch diese Anleihewirtschaft entstandene Kursverlust beläuft sich, wenn man auch kommunale und landschaftliche Papiere berücksichtigt, auf nicht weniger als drei Milliarden. Die Steigerung des Zinsfußes berechnet sich für unsere Landwirtschaft auf eine jährliche Mehrlast von 120 Millionen. Einzelstaaten und Kommunen sind ja freilich mitschuldig, aber das Reich muß mit gutem Beispiel vorangehen, um mit dieser Wirtschaft aufzuräumen. Der Redner spricht über die Frage der einjährigen Bindung der Matrikularbeiträge. Formell haben die Bundesstaaten nicht das Recht, ihre Erhöhung auf 80 Pfennig pro Kopf von der Bindung abhängig zu machen, sondern sie müssen den Fehlbetrag aufbringen.

Für unser Verhalten werden folgende Leitsätze maßgebend sein: Erstens: Die in der Denkschrift aufgestellten Grundsätze: stärkere Sparsamkeit, stärkere Schuldentilgung, Vermeiden neuer Anleihen außer für werbende Ausgaben, Scheidung der Finanzen zwischen Reich und Bundesstaaten finden unsere volle Billigung. Zweitens: Die Schaffung neuer Mehreinnahmen erscheint uns auch bei größter Sparsamkeit mit 500 Millionen eher zu niedrig als zu hoch bemessen, wenn man ganze Arbeit machen will. Drittens: Wir sind mit der Vorlage der verbündeten Regierungen darin einig, daß die Deckung des Bedarfs in der Hauptsache durch stärkere und planvolle Besteuerung des Luxus und Verbrauchs gefunden werden kann und muß, wenn die finanzielle Selbständigkeit der Bundesstaaten und damit der föderative Charakter des Reiches gewahrt werden soll. Viertens: Zuzustimmen ist durch den von den verbündeten Regierungen vorgeschlagenen Ausbau der Verbrauchssteuern oder durch die Ergänzung der sonstigen indirekten Steuern der Mehrbedarf nicht voll gedeckt werden kann, lehnen wir zwar eine Heranziehung auch von Steuern auf Besitz und Einkommen für einen Bruchteil des Bedarfes nicht ab. Wir können aber, abgesehen von dem Erbrecht des Staates und der Wehrsteuer, einer weiteren Besteuerung von Besitz und Einkommen nur in der Form erhöhter Matrikularbeiträge, wenn nötig auch über 80 Pfennig pro Kopf der Bevölkerung hinaus zustimmen, weil wir nur hierin die finanzielle Selbständigkeit der Bundesstaaten gewahrt sehen. Aus diesen Gründen, und weil wir prinzipiell gegen die Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf Ehelente und Descendenten sind, müssen wir die Nachlaßsteuer ablehnen. Schließlich: Wir werden die vorgeschlagenen und die noch vorzuschlagenden Steuerprojekte in der Kommission ohne parteiliche Voreingenommenheit durchberaten, um eine Finanzreform, wenn auch mit großen Opfern, in einer den Interessen des Reiches entsprechenden Form zustande zu bringen.

Von den Rednern der Linken ist angekündigt worden, die Bewilligung neuer Steuern abhängig zu machen

von der Gewährung konstitutioneller Garantien

und der Erfüllung anderer politischer Wünsche, die mit der Finanzreform gar keinen sachlichen Zusammenhang haben. (Hört, hört! rechts.) Ich muß gestehen, daß mir angesichts der Bedeutung, die das Zustandekommen oder Scheitern der Finanzreform für die ganze Zukunft des Reiches hat, ein solcher politischer Standpunkt geradezu unverständlich ist. (Sehr wahr! rechts.) Wer würde denn von einem Scheitern der Finanzreform den größten